

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Fünf Jahre Klimaschutzabkommen von Paris - Höchste Zeit für Wahrheit, Klarheit und eine Wende auch in Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, das in Paris vereinbarte 1,5-Grad-Ziel zum Maßstab ihrer Politik zu machen und jede getroffene Maßnahme darauf zu überprüfen.

Die Staatsregierung berichtet dem Landtag außerdem so schnell wie möglich, wie die offen zu Tage tretenden Probleme und Rückschläge beim Klimaschutz-Maßnahmen-Programm der Staatsregierung behoben werden sollen.

Die Staatsregierung legt dem Landtag spätestens im ersten Halbjahr 2021 einen Plan vor, wie eine sozial-ökologische Modernisierung Bayerns, die die Ziele Klimaschutz, Vollbeschäftigung und gute Arbeit sowie soziale Gerechtigkeit berücksichtigt, in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden soll.

Vor dem Hintergrund der Pariser Klimaziele, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Treibhausgas-Emissionen in Bayern in den letzten Jahren sogar noch angestiegen sind, muss die Staatsregierung, dem Landtag zeitnah

- über die Entwicklung der Emissionen bis Ende 2020 berichten und
- nachvollziehbar darlegen, warum die bisherigen Maßnahmen in der Summe zu keiner Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen geführt haben.

Begründung:

Das Pariser Klimaschutzabkommen ist ein Meilenstein des internationalen Klimaschutzes. Die damalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die das Abkommen in Paris maßgeblich mitverhandelt hat, sagte 2016 in der Bundestagsdebatte anlässlich des Gesetzes zur Ratifikation des Pariser Klimaabkommens: "Der 12. Dezember 2015 wird als das Datum

in die Geschichte eingehen, an dem sich 195 Staaten auf einen gemeinsamen Weg zum Schutz unseres Klimas verständigt haben.“ Sie betonte dabei aber auch: “Wir sollten weiterhin leidenschaftlich über unsere nationale Klimaschutzpolitik diskutieren und wo nötig auch streiten”.

In Bayern ist es dringend notwendig, über die Klimapolitik zu streiten. Denn es ist der Staatsregierung nicht gelungen, die Treibhausgas-Emissionen in Bayern insgesamt zu senken. Während in Deutschland die Emissionen reduziert werden können, passiert im Freistaat das Gegenteil: Die Emissionen stiegen in den letzten Jahren sogar wieder an. Aber weder der Ministerpräsident noch der zuständige Minister haben es bisher für notwendig erachtet, sich zu diesem schweren Rückschlag in der Klimapolitik zu äußern. So wird der Freistaat dem Abkommen von Paris nicht gerecht. Ankündigungspolitik tritt an die Stelle von messbaren Erfolgen und ehrlicher Bilanz.

Das von der Staatsregierung vorgelegte Klima-Maßnahmen-Programm ist nicht nur unzureichend. Zentrale Vorschläge und Maßnahmen sind jetzt schon im Begriff zu scheitern bzw. fehlerhaft. Die lautstark beworbenen Programme zur Aufforstung sind netto nicht nur deutlich geringer als verkündet, sondern es ist auch höchst fragwürdig, dass die Ziele erreicht werden können. Denn aufgrund von Hitze und Trockenheit sterben zahlreiche frisch gepflanzte Bäume, noch bevor sie überhaupt klimawirksam werden können. Auch in der Energiepolitik bleiben die Ankündigungen bisher folgenlose Werbebotschaften: Es gibt keinen erkennbaren Fortschritt bei den im Staatswald geplanten Windrädern und auch eine Photovoltaikpflicht bei Neubauten lässt immer noch auf sich warten. Bei den Mooren, die sehr viel Treibhausgase speichern könnten, gibt es nur wohlklingende Ankündigungen, aber keine transparente Bilanz der bisherigen Maßnahmen.

Mit Ankündigungspolitik und unzureichenden Maßnahmen wird Bayern dem Paris Abkommen nicht gerecht. Die Staatsregierung muss deshalb den fünften Jahrestag des Pariser Abkommens zum Anlass nehmen, um im Landtag endlich eine ehrliche Bilanz ihrer Klimapolitik und einen glaubwürdigen Plan für eine sozial-ökologische Modernisierung Bayerns vorzulegen. Ziel muss es sein, in den nächsten zehn Jahre die entscheidenden Maßnahmen durchzuführen, um durch möglichst schnelle Treibhausgasneutralität den bayerischen Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziel von Paris zu liefern und dabei gleichzeitig die wichtigen Ziele Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit konsequent zu verfolgen.